

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

28.7.1928 (No. 175)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Meind. Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweise Beitreibung, und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Zum Fall Lambach Die Deutsche Volkspartei

Der Reichstagsabgeordnete Thiels (D. Vpt.) hat an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei einen Brief gerichtet, in dem er sich mit Äußerungen des „N. Z.“ beschäftigt, wonach der Fall Lambach wegen des engen Zusammenarbeitens von Lambach und Thiels auch zu einer Krise in der Deutschen Volkspartei führen sollte. Reichstagsabgeordneter Thiels erklärt in dem Brief, er würde es als eine „emeinheit ansehnen, ausgerechnet zu derselben Zeit, in der sich unser Parteiführer in seinem wohlverdienten Erholungsurlaub befindet, eine Parteikrise anzuzetteln. Aber gewisse Sorgen, die mich und die in der Deutschen Volkspartei vertretenen Arbeitnehmer drücken — fährt der Abgeordnete fort — habe ich schon lange, bevor es einen Fall Lambach gab, Dr. Stresemann in lokaler Weise aufgeklärt. Thiels bezeichnet es als sein Ziel, diese Schwierigkeiten mit der Partei und zu ihrem Nutzen nicht aber zu dem einer anderen Partei gegen die Deutsche Volkspartei zu überwinden. Das habe aber Zeit, bis Dr. Stresemann sich erholt habe.

Dazu sagt die „Nationalliberale Korrespondenz“, es sei nicht neu, daß der Wahlausfall in der Deutschen Volkspartei als unbefriedigend angesehen werde und daß alle damit zusammenhängenden Fragen im Herbst in den verantwortlichen Parteimitgliedern ausführlich besprochen werden sollen. Über den Geist, in dem diese Verhandlungen geführt werden, gibt der Brief ebenfalls Auskunft. Es sei also nichts mit der bevorstehenden angeblichen Krise in der Deutschen Volkspartei.

Die deutschnationalen Angestellten

Die Führung des hannoverschen Angestelltenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei warnt aus Anlaß der Ausschließung Lambachs aus der Partei alle Anhänger Lambachs unter Hinweis darauf, daß der Spruch des Landesauschusses Potsdam II nicht endgültig ist, davor, übereilte Schritte zu unternehmen und erklärt eine Erklärung, in der es heißt: „Mit größter Sorge um die Zukunft der Deutschnationalen Volkspartei wird der endgültigen Entscheidung des obersten Parteigerichts entgegengekehrt. Die hannoverschen Angestellten fürchten, daß dieser unabänderlich letzte Spruch zwar die Zurücknahme des Ausschusses Lambachs bringt, aber nach Form und Inhalt wohl für die Gruppe Eugenberg, nicht aber für Lambach und seine Anhänger tragbar sein wird. Eine Wiederholung der Nichtsichtnahme auf den sozialreaktionären Eugenbergsfall durch das Parteigericht würde von der überwältigenden Mehrheit der Angestellten als Verzicht der Partei betrachtet, fernherin noch als Volkspartei gewertet und geachtet zu werden.“

Die Staatsvereinfachung in Bayern

Die angekündigte Verordnung über den Abbau der bayerischen Ministerien ist vom Verfassungsausschuß des Landtags mit 17 Stimmen der Regierungsparteien gegen 10 Stimmen unbeschadet genehmigt worden. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei enthielt sich der Stimme.

Ministerpräsident Veit begründete die Notwendigkeit der Vereinfachung mit dem bayerischen Staatsdefizit, das in den letzten drei Jahren 125 Millionen Reichsmark übersteigt und die Vereinfachung zur Existenzfrage Bayerns macht. Die Verminderung der Ministerien habe er bei der Regierungsbildung vorweggenommen, weil nach Befehung der Vorlesung des Abbau praktisch unmöglich gewesen wäre. Über das finanzielle Defizit Bayerns machte Finanzminister Dr. Schmölze eingehende Mitteilungen. Die Fehlbeträge beliefen sich 1925 auf 84,7 Millionen Reichsmark, 1926 auf 57,8 Millionen, 1927 auf 20,8 Millionen und 1928 auf 40,8 Millionen Reichsmark. Die langfristigen Schulden betragen 350,3 Millionen, darunter seien allerdings 122,8 Millionen für nichtstaatliche Betriebe, so für Kraftwerke, so daß auf den Staat allein nur 227,5 Millionen Reichsmark träfen. Auch daß der neue Haushalt ausgeglichen werden könne, sei so gut wie ausgeschlossen; würden alle an das Finanzministerium gestellten Forderungen erfüllt, so wäre mit neuen 50 Millionen Reichsmark Defizit zu rechnen. Velder werde durch die Einkommensteuererhöhung ein erhöhtes Steuerertrommen unmöglich gemacht, mit dem bei der Erhöhung der Beamtenbesoldung gerechnet worden sei, da das Reich es in Aussicht gestellt habe.

Durch die Verordnung über die Verminderung der bayerischen Ministerien soll die Zahl der höheren Ministerialbeamten von rund 250 auf 190 gesenkt werden, also um fast 25 Prozent. Beim mittleren Personal errechnet man eine Vereinfachung von mindestens 35 Stellen. Das jetzt kombinierte Ministerium des Äußern und des Handelsministeriums soll von 36 höheren Beamtenstellen auf 22, das Landwirtschafts- und das Sozialministerium von zusammen 45 auf 20 abgebaut werden. Die volle Minderung des Personalstandes soll bis zum Beginn des Rechnungsjahres 1933 erreicht sein.

Die bevorstehende Königsberger Konferenz

W.B. Warschau, 23. Juli. (Tel.) Das Regierungsblatt „Golos“ bestätigt, daß von Litauen an die polnische Regierung ein Vorschlag ergangen ist, zwischen dem 15. und 20. August die polnisch-litauische Konferenz, die sich mit den Ergebnissen der in Warschau, Berlin und Rom abgehaltenen polnisch-litauischen Kommissionen beschäftigen soll, nach Königsberg einzuberufen. Wie erinnerlich, hatten in Warschau und Rom die Ausschüsse zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Letzte Nachrichten

Die deutsch-französischen Beziehungen

M. Berlin, 23. Juli. (Priv.-Tel.) Pariser Blätter wollen wissen, daß Stresemann zugesagt habe, bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris zu erscheinen (in Berlin liegt keine Bestätigung dafür vor), und nehmen das zum Anlaß, sich sehr kritisch mit dem Stand der deutsch-französischen Verständigungsbemühungen zu beschäftigen. Dabei ist ein Artikel des linksradikalen „Deuvre“ wieder bemerkenswert, der erklärt, die Verhandlungen über Räumung des besetzten Gebietes könnten nur auf der Grundlage von Thoiry erfolgen. Bekanntlich scheiterten seinerzeit die Versuche, die deutsche Schuld zu mobilisieren, am amerikanischen Widerstand. Auch „Deuvre“ betont das und sagt, die Abhängigkeit von Amerika sei erschwerend. Mit deutlichem Hinweis erklärt das Blatt aber, die Anwesenheit Kelloggs könne ja zu Besprechungen Anlaß geben. (Aus Amerika wird allerdings gemeldet, daß Kellogg nicht an derartigen Besprechungen teilnehmen werde und seine Pariser Reise allein dem Kellogg-Pakt diene.) Es scheint in der Tat, als ob der Gedanke von Thoiry, den vor einiger Zeit auch Poincaré in die Erörterung hineinwarf, wieder auflebt und schon Gegenstand von Besprechungen ist.

Erschwert werden die Verhandlungen, die ja wohl in Paris selbst im August ihren Höhepunkt zu erreichen hätten, durch das französische Auslieferungsbegehren wegen der Zwischenfälle in der Pfalz. Selbst linksstehende Blätter, wie das „N. Z.“ und die „Voss. Ztg.“, haben starke Bedenken, daß Stresemann nach Paris fährt, solange die Frage nicht bereinigt ist. Wenn aber die „Voss. Ztg.“ sagt, der deutsche Vorkämpfer sei untätig gelassen, so ist das nach unseren Informationen falsch. Über solche Schritte wird allerdings niemals berichtet.

Wie die „N. Z.“ meldet, dürfte, sobald Mitteilungen des Rheinlandkommissars über seine Nachprüfungen in der Auslieferungsangelegenheit vorliegen, ein offizieller deutscher Schritt in Paris erfolgen, um auf diplomatischem Wege zu einem Ausgleich und einer Verständigung mit der französischen Regierung zu kommen. In diplomatischen Kreisen wird, wie das Blatt weiter meldet, mit Bestimmtheit angenommen, daß man am Quai d'Orsay zu einer Entscheidung kommen wird, die keine Befassung der Locarnopolitik bedeutet.

Amerikanische Stimmen zum Anschluß

W.B. London, 23. Juli. (Tel.) „Daily Herald“ bezeichnet das Geschrei der Hochkonservativen und französischen Presse anläßlich der deutschösterreichischen Anschlußbegehrung als „sehr dumm und sehr absurd“ und bemerkt: Der Himmel mag wissen, weshalb in einem Europa, das behauptet, seine Landkarte in Übereinstimmung mit dem Nationalitätenrecht und dem Grundatz der Selbstbestimmung umgebildet zu haben, der österreichischen Regierung nicht gestattet sein soll, sich den Reichsdeutschen anzuschließen. Nach Ansicht des Blattes wird sich der Anschluß selbstverständlich vollziehen. Deutschland und Österreich werden sich in den nächsten Jahren in jeder Hinsicht, außer dem Namen nach, vereinen.

„Evening Post“ bemerkt, Österreichs Anschluß an Deutschland erscheine als ein so logischer Schritt, daß es schwer ersichtlich sei, wie eine dauernde Opposition dagegen möglich wäre. Wenn die Welt wirklich den Frieden will, so ließen sich die Einwände Frankreichs, Italiens und der Kleinen Entente gegen ein deutsches Mitteleuropa schwerlich auf die Dauer rechtfertigen. Allerdings könnte ein plötzlicher Schritt zu einer deutsch-österreichischen Vereinigung eine Krise verursachen. Würde jedoch diese Vereinigung schrittweise und ohne Aufhebens herbeigeführt, so könnten sich Frankreich und Italien eines Tages einer vollendeten Tatsache gegenübersehen, die sie annehmen müßten.

Das chinesisch-amerikanische Zollabkommen

W.B. London, 23. Juli. (Tel.) „Times“ berichtet aus Peking: Der am Mittwoch unterzeichnete amerikanisch-chinesische Vertrag ist völlig im Geheimen zustande gekommen. Der nationalistiche Finanzminister hat bereits mit Weglaubungs-schreiben Ranting verlassen und fand den amerikanischen Gesandten bereit, auf bereits bestimmter Grundlage zu verhandeln. Die Vereinigten Staaten wollten die ersten sein, die die nationalistiche Regierung anerkennen und haben durch die Unterzeichnung dieses Vertrages einen Erfolg davongetragen, während andere Mächte den Unwillen der 400 Millionen Einwohner Chinas erregt haben, weil sie wegen ihrer bedrohten Vorräte Einspruch erhoben.

W.B. New York, 23. Juli. (Tel.) Gerald Tribune bemerkt anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Amerika und China, daß dieser Schritt die Haltung der anderen Mächte beeinflussen müsse, denn er vermindere die Unabhängigkeit Chinas aus einem schattenhaften Begriff in eine vielversprechende Möglichkeit.

* Der französische Zwischenfall

Es gibt Beleidigungen der nationalen Würde, die so schwer sind, daß sie eine ruhige und höfliche Antwort von vornherein ausschließen. Es gibt aber auch Zumutungen, die zunächst so beschaffen sind, daß man allein um ihrerwillen nicht die Fassung verlieren sollte. Zu solchen befreundlichen Zumutungen gehört das Auslieferungsbegehren der französischen Besatzungsbehörde.

Einige deutschvölkische Missetäter in der Pfalz, die sich außer anderen Rippeleien gegenüber den eigenen Landesleuten auch eine Schmäbung der französischen Flagge leisteten, sind in contumaciam zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt worden und sollen nun von unseren Behörden ausgeliefert werden. Das formale Recht ist dabei auf Seiten der französischen Besatzungsbehörde. Zwar haben wir den betreffenden Paragraphen nur unter Protest hingenommen. Aber er besteht nun einmal und ist auch schon früher — mochte die Reichsregierung in Deutschland so oder so aussehen — respektiert worden. Dennoch ist und bleibt er für unser deutsches Empfinden eine Schmach. Er erinnert uns in der peinlichsten Weise an die Tatsache, daß wir auch heute, 10 Jahre nach dem Kriegsende, und trotz Locarno und trotz unserer Aufnahme in den Völkerbund, noch nicht im vollen Besitze unserer Souveränität sind.

Das Schlimme und Aufreizende an der ganzen Geschichte besteht darin, daß wir durch das Auslieferungsbegehren an diese Tatsache gerade in demselben Augenblick erinnert werden, in welchem die französische Regierung uns mit den anderen Mächten zur feierlichen Unterzeichnung des Kellogg-Paktes einladet. Reichsaussenminister Dr. Stresemann wäre in voller Übereinstimmung mit dem gesamten Kabinett durchaus bereit gewesen, dieser Einladung Folge zu leisten. Durch das törichte Auslieferungsbegehren ist nun aber eine ganz neue Situation entstanden. Die deutsche Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß dieses Auslieferungsbegehren seinem Sinne nach einen Hohn darstellt auf das, was der Kellogg-Pakt eigentlich bezweckt.

Und das gesamte deutsche Volk, ohne Unterschied der Partei, geht hier mit der Reichsregierung einig. Es ist ein Unstimm, einerseits den Krieg zu ächten und den Frieden und die gegenseitige Achtung unter den Völkern zu predigen, und andererseits einer Großmacht ein derartiges Ansinnen, wie die Auslieferung jener Missetäter, zu stellen. Dabei wollen wir die Frage, ob diese deutschvölkischen Missetäter es überhaupt verdienen, daß man ihre Auslieferung zu vermeiden versucht, nicht weiter unterforschen. Nicht um diese Leute handelt es sich, sondern einzig und allein um das Schmachvolle, das in der an uns in diesem Moment gestellten Zumutung als solchen liegt. Wir sollen auf Geheiß der französischen Besatzungsbehörde etwas tun, das zu tun kein souveräner Staat sonst verpflichtet ist. Man hält uns weiterhin unter dem Zwang von Ausnahmeverordnungen, die alle geeignet sind, unser nationales Selbstgefühl zu verletzen.

Wir können kaum glauben, daß die diplomatischen Bemühungen der deutschen Reichsregierung eine Zurückziehung der Auslieferungsforderung zu erreichen, ohne Erfolg bleiben werden. Was die Schmäbung der französischen Flagge betrifft, so dürfen das französische Volk und die Pariser Regierung versichert sein, daß die deutsche Reichsregierung und mit ihr alle vernünftigen Staatsbürger sie verurteilen. Und sicherlich ließe sich angesichts einer solchen Verurteilung und Mißbilligung bei gutem Willen auf französischer Seite eine Einigung sehr rasch herbeiführen.

Natürlich ist der ganze Vorfall nur richtig zu verstehen im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem der deutsch-französischen Beziehungen. Die Hoffnung aller ehrlichen Friedensfreunde geht dahin, daß es bei der Zusammenkunft der Außenminister in Paris gelingen möge, Vereinbarungen zu treffen, welche diese Beziehungen auf eine neue Basis stellen, d. h. Vereinbarungen zu treffen, welche Deutschland wieder in den Besitz seiner vollen Souveränität setzen. Mag man dabei die Frage der Entwaffnung Deutschlands auch weiterhin mit der Lösung des Abrüstungsproblems verknüpfen, so wird man doch erwarten dürfen, daß solche Vereinbarungen, wenn sie überhaupt zustande kommen, die Befähigungsmacht be-

Mit der Beilage: 43. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags und Badische Wohlfahrtsblätter Nr. 5

enden und uns die freie Verfügung über das gesamte Gebiet unseres Reiches wiedergeben.

Es ist erfreulich, daß in der Beurteilung des Auslieferungsbeglebens alle Parteien einig sind. Weniger erfreulich ist es, daß ein Teil der deutschnationalen Presse die ganze Affäre im parteipolitischen Interesse auszu-schlachten versucht und dabei einen Gegensatz konstruiert zwischen der angeblich schlappen Reichsregierung und dem nationalen Volkswillen. Das ist ein moralisch verwerflicher Versuch. Denn, wie schon gesagt, befindet sich die Reichsregierung in völliger Übereinstimmung mit der Auffassung des gesamten Volkes und richtet danach ihre Handlungen ein. Selbstverständlich kann sie nicht im Lichte eines nationalistischen Heßblattes mit Frankreich verkehren, und sie ist gezwungen, abzuwarten, ob die französische Regierung die Haltung der Besatzungsbehörde in der Pfalz decken wird oder nicht. Erst dann, wenn sich die französische Regierung mit dem Auslieferungsbeglehen identifizieren sollte, würde der Zwischenfall die Form eines sehr ernst und schweren Konflikts annehmen.

Die Altbesitzanleihehiebungen

Zu der Verhaftung des früheren Sekretärs von Hugo Stinnes jr., Baldow, meldet die amtliche preussische Justizpressestelle: Seit mehreren Wochen schweben Untersuchungen gegen mehrere Personen, die verdächtig sind, in betrügerischer Weise deutsche Anleihen als Altbesitzanleihen angemeldet zu haben. In die Angelegenheit ist auch ein früherer Angestellter des Hugo-Stinnes-Konzerns verwickelt. Es handelt sich um Betrügereien in Altbesitzanleihen, wie sie dem Bankier Kunert zur Last gelegt werden. Es ist gelungen, zu verhüten, daß der Staat um erhebliche Summen geschädigt wurde. Es besteht der Verdacht, daß weitere Betrügereien mit Altbesitzanleihe vorgenommen worden sind. Die Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft in Berlin geführt, und es wird gebeten, zweidienliche Mitteilungen dorthin zu richten.

Die Skandalaffäre nimmt immer größeren Umfang an. Wie das „Berl. Tagebl.“ mitteilt, ist nicht nur die Voruntersuchung gegen Kunert und von Baldow eingeleitet worden, sondern es schweben noch weitergehende Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft I Berlin gegen eine beträchtliche Anzahl bekannter Persönlichkeiten der Berliner Finanzbankwelt, die in ähnlicher Weise wie von Baldow und Kunert Anleihehiebungen als Altbesitz angemeldet haben. Die Vernehmungen in dieser Angelegenheit sind zur Zeit in vollem Gange; über ihr Ergebnis ebenso wie über die Persönlichkeit der Verhafteten wird strengstes Stillschweigen gewahrt. Die Finanzbehörden, die die Anleihehiebungen aufgedeckt haben, haben eine annähernde Schätzung des Schadens vorgenommen, der dem Reich zwischen 55 und 80 Millionen Reichsmark handelt. Ob irgendeine Schädigung des Reiches bereits eingetreten ist, oder ob es gelungen ist, alle Schiebungen noch vor ihrer Abwicklung aufzudecken, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Eine gründliche Nachprüfung aller Umtauschanträge und aller bereits durchgeführten Transaktionen ist eingeleitet worden.

Schieberei in Essen. Anlässlich einer Schieberei in Essen zwischen Hitlerleuten und Kommunisten gab es vier Schwerverletzte. Auch Passanten wurden durch Steinwürfe verletzt.

Keine allgemeine Amnestie für die eskalierenden Autonomisten. Das Gerücht, daß sich die Regierung mit dem Gedanken trage, einige im Elsaß tätige Beamte zu versehen oder eine allgemeine Amnestie für die eskalierenden Autonomisten zu beschließen, werden in maßgebenden Pariser Kreisen formell demontiert. Desgleichen wird es als unrichtig bezeichnet, daß der Bischof von Straßburg, Mgr. Ruoh, das Erzbistum von Toulouse übernehmen werde, worin gewisse Kreise einen Sieg der autonomistischen Elemente hatten erblicken wollen.

Die südslawische Regierung Korotetsch gebildet. Dem Führer der Volkspartei, Korotetsch, ist es nun gelungen, die Regierung zu bilden und zwar mit den Vertretern der bisherigen Mehrheitsgruppe, d. h. der Radikalen, der Demokraten, der slowenischen Volkspartei und der Muselmanen. Die neuen Minister leisteten Freitag abend den Eid.

Die badische Werkschau in der Landesgewerbehalle

Die neue geschmackliche Auffassung — schon die nächste oder übernächste Generation wird sie zum Stil formuliert haben — setzt sich durch und läßt sich nimmer aufhalten! Schaut mal hinein, die Ihr für das Fortschreiten auf den Gebieten der Wirtschaft, der Maschinen, des Lebens im allgemeinen Interesse habt, schaut hinein, wo Ihr auch auf ein anderes lebenswichtiges Gebiet durch die badischen Kunstgewerbetreibenden und Künstler geführt werdet, die ihr Können Euch in der Sommerveranstaltung des Badischen Landesgewerbeamts, der Badischen Werkschau, zeigen wollen.

Mit Recht verlangen auch sie ihre Beachtung neben all den Sport- und Kinogrößen, von denen die ersteren ja im alten Griechenland und Rom gewiß auch bejubelt wurden, ohne daß — wie scheinbar heute — fast das ganze Interesse sich nur ihnen zuwandte und die Kunst zu kurz kam! Die Kunst war damals Gemeingut und soll auch heute wieder der Allgemeinheit des Volkes gehören, es erheben helfen, und nicht bloß erlesene Kreise sollen sie erschließen und sich daran erfreuen können. Ist denn gerade das heutige Geschmacksempfinden in seinem Drange nach Wahrschaffigkeit, nach Aussprechen des Zweckes, welches die „Zweckform“ schuf, in seinem Streben nach Klarheit im Ausdruck, verbunden mit größter Sachlichkeit und praktischer Verwendbarkeit eines Gegenstandes nicht mehr denn irgendeine unserer früheren Stil-epochen geeignet, sich bei der Allgemeinheit Eingang zu verschaffen? All unser Streben und Drang nach Licht, Luft, Sonne, Freiheit im besten Sinne und Einstellung auf Hygiene läßt in uns den Wunsch entstehen, uns auch unsere Umgebung entsprechend zu schaffen: im neu zu gründenden Haushalt uns mit nichts Unnützem zu umgeben und den alten Haushalt einer Sichtung und Dichtung zu unterziehen. Und ist die Vermeidung allen unnötigen und verteuerten Zierrats, die

Das Innsbrucker Sängerkfest

Aus Anlaß der Anwesenheit von 1400 schwäbischen Sängern und vieler hundert anderer Sänger, sowie zahlreicher Vereinigungen aus allen Teilen des Deutschen Reiches, gab der Tiroler Sängerbund Donnerstag abend in Innsbruck einen Festkommers.

Landeshauptmann Stumpf begrüßte die Sänger namens des Landes Tirol und sagte u. a.: Wenn der einheitliche Wille der Vereinigung vorhanden ist, kann uns auf die Dauer kein Mias der Welt an unserer Vereinigung hindern. Was uns von den Nachhabern versprochen wurde, das Selbstbestimmungsrecht, wird uns vorenthalten. Jetzt ist die Zeit vorbei, in der wir alles ruhig hinnahmen. Heute ist der Tag gekommen, an dem auch wir unsere Rechnung präsentieren und unser Recht fordern können. — Der Generalkonful des Deutschen Reiches, Geheimrat Saller, begrüßte seine Landsleute in Tirol. Der Besuch der schwäbischen Sänger möge dazu dienen, die herzlichen Beziehungen zwischen Tirol und dem Deutschen Reich zu vertiefen und zu festigen. Der Gauobmann des Schwäbischen Sängerbundes, Direktor Frey, dankte für die Begrüßungsworte und gedachte der Deutschen Südtirols, deren Leiden niemals vergessen werden dürften.

Die schwäbischen Sängergäste sind am Freitag abgereist. Danach kommen Sängerbereine aus Potsdam, Hannover, Elberfeld usw. an; ebenso werden 350 deutsch-amerikanische Sänger in Innsbruck eintreffen.

Fünf Millionen für landwirtschaftliche Unwettereschäden

Reichsminister Severing hat erklärt, die Frage der Bereitstellung eines besonderen Betrages von fünf Millionen Reichsmark für die Behebung landwirtschaftlicher Unwettereschäden werde geprüft. Das Kabinett Marx hatte grundsätzlich der Bewilligung eines solchen Fonds zugestimmt, aber erklärt, daß über die jetzt verfügbaren Mittel buchmäßig bereits disponiert sei. Auf Antrag Severings hat nun das Reichskabinett beschlossen, in den ordentlichen Etat für 1929 diese fünf Millionen einzustellen, sie jedoch bereits jetzt für die Unwettereschäden aus den Jahren 1927 und 1928 anzuweisen und sie durch das beabsichtigende Finanzministerium verteilen zu lassen. Die Verteilung soll bereits in der nächsten Woche erfolgen.

Generalaussperrung im Siegerland. Die angekündigte Generalaussperrung in der Siegerländer Metallindustrie an der Dill und der oberen Lahn ist in Kraft getreten.

Die englische Finanzvorlage wurde im Unterhause in dritter Lesung angenommen.

Verschiedenes

Auf einen Güterzug aufgefahren

W. Nürnberg, 28. Juli (Tel.). Gestern abend ist bei Baiersdorf der von Bamberg kommende Personenzug auf einen Güterzug aufgefahren. Die Lokomotive des Personenzuges ist mit der Vorderachse entgleist. Der Betrieb erlitt Störungen. Verletzt wurde niemand. Der Sachschaden ist gering. Die Ausräumarbeiten sind im Gange.

Ingenieur Marx begnadigt

W. Wien, 28. Juli. (Tel.) Wie die Blätter melden, hat der Bundespräsident den aus dem Versicherungsbetriebsprozeß bekannten Ingenieur Emil Marx nach Verbüßung des ärztlichen Teiles seiner siebenmonatigen Kerkerstrafe begnadigt.

Die Hühnerwelle

W. Paris, 28. Juli (Tel.) Aus Madrid wird gemeldet, daß ganz Spanien unter einer drückenden Hühnerwelle leidet. Die waldrreichen Gegenden in Andalusien und Kastilien werden von Vögeln überzogen.

W. Rom, 28. Juli. (Tel.) Die Hühnerwelle in Italien hält weiter an. In Bologna starb ein 70jähriger Mann an Hühnerschlag. Aus Neapel werden 2 Todesfälle durch Hühnerschlag gemeldet.

Epidemie unter nordkanadischen Indianern

W. London, 28. Juli (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Winnipeg: Eine Influenzaepidemie hat hunderte von Indianern im Gebiet zwischen den Flüssen von Alberta bis zum Delta des Mackenzieflusses in den arktischen Gegenden hingerafft. Die weißen Ansiedler sind von der Epidemie verschont geblieben.

so oft übertriebene und zu falschem Schein verleitende Benutzung allzu kostbarer Hölzer und anderer Werkstoffe nicht ebenfalls, unserer sonst armen Zeit entsprechend, wirtschaftlicher und unsrer würdiger? Also Sieg für unseren Zeitgeschmack auf allen Plänen!

Wasche eintr der Jugendstil die einige Generationen alten Aufschlaffung u. dgl. und die doppelte und dreifache Verhängung der Fenster mit Klüschgardinen und anderes mehr zu Falle, so gehen wir heute wieder einen Schritt weiter und streifen ab, was noch aus diesen und den vorhergegangenen Zeiten an uns haftet. Und fragt Euch, macht es nicht froh, was in lichten Farben gehalten und heute umgibt? Schlechter Luft, Trübheit der Raumstimmung, dem Staub und allen Staubfängern ist heute die offene Fehde ange-sagt.

Und nun zur Badischen Werkschau, der Ausstellung badischer Kunstgewerbetriebe der Pfalzweimer Industrie und der Kunsthandwerklich schaffenden Einzelkräfte, des badischen Mehrgewerbes, der Töpfer- und Textilkunst und unserer badischen Tapetenindustrie.

Wie vorbereitend wirkt schon das äußere Kleid des die Werkschau bergenden Gebäudes, des schlichten Weizenbrennerbaues, der auch im Innern eine, mit vereinten Kräften unter Erfassung einer praktischen Aufgabe der Badberger-Klasse unserer Landeskunstschule erreichte, farbliche Neuherichtung erfährt, als erfreulicher und würdiger Rahmen für das Gebotene.

Es ist bei der heutigen Entwicklung in der Kunst unbedingt nötig, daß Fachschulen und Praxis Hand in Hand gehen, weshalb es von vornherein ein glücklicher Gedanke war — ähnlich wie auch anderorts die Werkschulen zur Lösung praktischer, künstlerischer Aufgaben beigegeben werden, dgl. Kölner Werkschule und Preisa — auch hier die enge Verbindung der Fachabteilungen unserer Landeskunstschule mit der Praxis offenkundig werden zu lassen. Wie für die Kunstübung und die Fortschritte in der Kunst im Mittelalter bis zur Periode

Badischer Teil Die Besetzung der Freiburger Universitätsgebäude

Die kurze Anfrage des Abgeordneten Obitzger und Gen. vom 17. Juli 1928 wegen der Besetzung der Freiburger Universitätsgebäude anlässlich des badischen Gantages des Reichsbanners hat der Minister des Kultus und Unterrichts wie folgt beantwortet:

„Das badische Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 7. Januar 1925 Nr. 14 521 angeordnet, daß in allen Zweigen der Staatsverwaltung die Dienstgebäude bei solchen Veranstaltungen am Orte der Behörden besetzt werden, die nach ihrem Umfang und Zweck sowie nach ihrer Bedeutung eine Besetzung der Dienstgebäude rechtfertigen. Wenn die Vorstände der Behörden am Orte der Veranstaltung sich nicht einigen, ist die Entscheidung des vorgelegten Ministeriums einzuholen.“

Nach den mir zugegangenen Mitteilungen haben die städtischen sowie mehrere staatliche Dienststellen in Freiburg die Voraussetzungen für die Besetzung der Dienstgebäude anlässlich der Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 7. und 8. Juli d. J. als gegeben an. Die Universität Freiburg nahm einen anderen Standpunkt ein. Da gleichmähiges Vorgehen hinsichtlich der Besetzung innerhalb der Staatsverwaltung geboten ist, und die Auffassung der städtischen und der übrigen staatlichen Behörden zu billigen war, habe ich daher von mir aus Anordnung getroffen, daß auch die staatlichen Behörden meines Geschäftsbereichs in Freiburg aus Anlaß der genannten Tagung besetzt werden.

Die Auffassung, daß zu den Lebensbedingungen der Universität strikte Neutralität in parteipolitischen Angelegenheiten gehöre, ist richtig, und die Universität kann und soll von sich aus hierauf achten. Bei Besetzungen wird aber die strikte Neutralität in parteipolitischen Dingen am sichersten gewahrt bleiben, wenn die Universität sich nach den oben erwähnten für alle Staatsbehörden getroffenen Anordnungen der Regierung richtet und im Zweifelsfall die Entscheidung des Ministeriums einholt.“

Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat das diesjährige Stipendium aus der zur Förderung badischer Musiker bestimmten Max-Viktor-von-Scheffel-Stiftung je hälftig mit 250 M auf einstimmigen Vorschlag des Stipendiatenratums den Musikstudierenden Walter Born und Eva Schjnzinger in Karlsruhe zugewiesen.

Der Heidelberger Hörsaalbau

Hd. Heidelberg, 27. Juli. Der Hörsaalbau für die Errichtung eines Hörsaalgebäudes der Universität ist jetzt an die zum engeren Wettbewerb aufgefundenen Architekten ver-sandt. Wie bereits bekanntgegeben, sind große Front- und Flügelbauten in Aussicht genommen. Bei der Eigenart des Bauprogramms hat man von einem allgemeinen Wettbewerb abgesehen; es sind vielmehr lediglich folgende Architekten zum Wettbewerb aufgefordert worden: 1. Architekt Eich, Mannheim, 2. Professor Fabrenkamp, Düsseldorf, 3. Professor Freese, Karlsruhe, 4. Professor Hans Grohmann, Mühlheim (Ruhr), 5. Professor Gruber, Danzig, 6. Architekt Kuhn, Heidelberg, 7. Professor Länger, Karlsruhe, 8. Professor Müller, Berlin, 9. Professor Sattler, München, 10. Architekt Rudolf Schmid, Freiburg i. Br., 11. Professor Schmittner, Stuttgart, 12. Professor von Teuffel, Karlsruhe.

Außerordentlicher Holzstich der Gemeinde Waldkirch. Der Bezirksrat genehmigte der Gemeinde Waldkirch die Vornahme eines außerordentlichen Holzstiches von 4500 Festmetern. Der Ertrag soll verwandt werden für Straßenherstellung, Verbesserung des Ortsnetzes, Wiederherstellung des Rastbergturmes usw. Zur Befreiung der Kosten für die Wasserleitung wurde der Gemeinde Siensbach die Vornahme eines außerordentlichen Holzstiches von 1000 Festmetern genehmigt.

der Stillosigkeit die Kirche, die Klöster und die Fürstenthöfe bestimmend waren, die allen kunstschaffenden Kräften praktische Aufgaben stellten, so müssen heute die freischaffenden Künstler und die als solche an unseren Schulen wirkenden, treibenden Kräfte in der Praxis befruchtend wirken und müssen das Gewerbe als Erzeuger und auch die Verbraucher ihre Notwendigkeit und ihren Reiz als nötig erkennen lassen.

Welche Anregungen und Erkenntnisse erbringen nicht allein schon die im Eingangs- und daran anschließenden Hofstraßen ausgestellten, hochstehenden Leistungen der Textilfachklasse des Prof. Schmidt-Spahn? „Wenn wir den Stoff nicht beherrschen, dann beherrscht er uns“ ist sein weiser Wahlspruch, der seine in klarem, organisiertem Aufbau gezeigte Lehnmethode charakterisiert. Man erkennt, daß ein einheitlicher Wille von den zeichnerischen Vorstudien in den verschiedenen Material-sprachen zu den verschiedenen Ausdrucksmöglichkeiten der Stich-, Web-, Färbe- und Zeugdrucktechnik führt und, daß die verständnisvolle Pflege wertvoller, alter und neuer Technik in neuer Formensprache erfolgt, wobei der Abteilungsleiter zielbewußt die Erfordernisse der Textilindustrie im Auge hat. Besonders erfreut erkennt man auch das neuzzeitliche Eingehen auf das textile Gebiet der Kirche und auch auf die leider sonst so tiefstehende Fahrenkunst. Die in Farben wie Technik und im Aufbau gleichermäßen hochstehende Zusammenstellung ist das Resultat des gemeinsamen Wirkens der Landeskunstschullehrkräfte, Prof. Schmidt-Spahn, Fachlehrerin Fr. Koberli und Fachlehrerin Wolfinger, das Bühnenkostüm schuf Fr. Margarete Schellenberg vom Bad. Landestheater.

Als weiteres im Gefühl alter Textilkunst neu empfundenes und ausgeführtes Stück sei auf den in der Fachklasse des Prof. Rabberger entworfenen und von der Fabrik handgetnüpfter Teppiche G. m. S. G., Karlsruhe hergestellten, schönen kleineren Teppich hingewiesen, auf die beiden Kaufmannshäuser, allerdings stark an orientalische Vorbilder erinnernden Knüpp-teppiche gleicher Werkstätte und auf die großen Wulle-



Durchaus moderne, vornehme Bekleidung für Damen, Herren, Kinder. Wäsche, Herren-Artikel etc.



Billige Preise bei fachgemäßer, zuvorkommender Bedienung. Größte Auswahl!



Münstige Zahlungsbedingungen! Kulanter Kredit! Beamte, Festangestellte ohne Anzahlung 1. Rate September 1928

Das sind die Vorteile die Ihnen die DBC bietet!

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft

1/8 Anzahlg.

Karlsruhe
Kronenstraße 40
Ecke Markgrafenstraße.

8 Mon. Rot.

Vereinsbank Karlsruhe

Eingetragene
Genossenschaft
mit beschr.
Haftpflicht

Besorgung aller Bankgeschäfte für Mitglieder

Annahme von Spareinlagen

auch von Nichtmitgliedern zu günstigen Bedingungen

Ausgabe von Haussparkassen

§. 792.

Geschäftshaus: Kreuzstraße 1



Bad. Kunstverein e. V.

Waldstraße 3

Ausgestellt vom 28. Juli bis 16. August

Kollektionen von

Prof. Rich. BIETZSCH, München;

Helene ALTMANN, Holzen; Prof.

Otto DILL-München; E. LANG-

KAMMER-v. WELTZIEN, Berlin;

C. F. W. SCHLEE, Baden-Baden; Hans SCHÖPF-

LIN, Karlsruhe; W. WINKLER, Karlsruhe.

Geöffnet: Sonntags von 11-1 Uhr, Werktags 10-1 Uhr

und 3-5 Uhr. Eintritt für Nichtmitglieder 50 Rpfr.

In der Zeit vom 17. August bis 7. September bleibt

die Ausstellung geschlossen. 801



Wochenend-Bett

zusammenklappbar, unentbehrlich für Veranden, Gärten, Freiluftbäder usw. Preis 25 RM. A. Kammerer, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 26. Telefon 4338. §. 789

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Polizei-Oberwachtmeisters

in Gruppe VI Stadtbefolgsordnung (7 Reich) und diejenige eines

Polizei-Wachtmeisters

in Gruppe IV oder V Stadtbefolgsordnung (9 oder 8a Reich) ist sofort zu besetzen. Bewerbungen bis 15. 8. 28. Es haben nur Bewerber Aussicht, die den Bedingungen des § 17 des Polizeigesetzes entsprechen. Billingen, den 26. Juli 1928. 805

Der Oberbürgermeister.

Bürgermeister-Stelle!

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Neckargemünd ist neu zu besetzen.

Bewerber aus dem mittleren Verwaltungsdienst, sowie auch volkswirtschaftlich, juristisch oder technisch gebildete Herren, resp. solche mit gründlicher praktischer Erfahrung im Gemeinwesen, wollen ihre Eingabe unter Beifügung eines Lebenslaufes und der Zeugnisse, sowie unter Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens 15. August d. J. beim Gemeindevorstand einreichen.

Gemeinderat:

J. B. Kirchner.

Aus der Landeshauptstadt

2. Bad. Feiertag in Durlach. Der 2. Kameradschaftstag ehemaliger Angehöriger der Bad. Trainabteilung Nr. 14 und ihrer Kriegsvormänner, sowie aller Sanitätsformationen und Feldverwaltungsbefehden des ehemaligen 14. Armeekorps, verbunden mit der Denkmalserrichtung für die im Weltkrieg Gefallenen, findet nunmehr am Sonntag, den 30. September d. J. statt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte Karlsruhe. Der gestern in den späten Nachmittagsstunden erfolgte Durchzug einer Tiefdruckrinne war mit mehreren Gewitterböen verbunden, die nach langer Trockenheit wieder die ersten, wenn auch nicht sehr ergiebigen Niederschläge brachte. Die Temperaturen hatten vor den Gewittern mit über 35 Grad in der Rheinebene noch höhere Werte gebracht als am 15. Juli, dem bisher heißesten Tage des Jahres. Die Abkühlung betrug nahezu 10 Grad, wurde aber wegen der Zunahme an Luftfeuchtigkeit nicht als solche empfunden. Das Hochdruckgebiet ist vollkommen abgebaut; an seiner Stelle beherrscht nunmehr eine, mit ihrem Kern über St. Gallen liegende Zyklone die Witterung ganz Europas. Bis zum Armellmal ist bereits Kaltluft vorgebrungen und wird auch uns weitere Abkühlung bringen. — Wetterausblick für Sonntag: Küher und unbeständig, zeitweise Regenschauer, stellenweise noch in Gewitterbegleitung.

Stücke der bekannten Wehra- u. G. Teppichfabrik in Wehr, welche sich auch in einigen kleineren Proben erfreulicherweise auf neuen Bahnen zeigt. Fr. Marie Erbe, Karlsruhe, gibt gute Arbeiten in Teppichen, Kissen, Decken, Seidentüchern und Dekorationsblumen, vielfach etwas stark farbenfreudig und dürfte sich in einigen Stücken auch entwürflich noch etwas beruhigen. Durchweg sympathisch berühren die Decken und andere Arbeiten der Weisgauer Handweberei, Emmendingen. Ein handgewebter Wandteppich und Teewärmer der Frau Prof. King, Karlsruhe, verdient bezüglich Ausführung wie Entwurf die Beachtung. Die Konstanzener Kunstgewerlerin Fr. Elisabeth Plattner betätigt sich mit Anwendung neuartiger Apistinfarben in Spritztechnik angewendet für Kissen, Decken, Seidentücher und Kleiderchen, ab und zu dabei allerdings etwas aufdringlich zu viele Möglichkeiten dieser Technik benutzend.

Die Großindustrie in Herstellung leichter Damenstoffe ist durch Köhlin, Baumgartner & Co., Lörrach, vertreten. Flotte Stoffmuster vergegenwärtigen teilweise die Verwendung dieser reizvollen, lichtfrohen Gewebe. Im übrigen läßt die Firma neben maschinellem Zeugdruck noch vielfach in Handzeugdruck echter Art arbeiten. Einige der ausgestellten Muster lassen geschmacklich auf westliche und südliche Auslandsabnehmer schließen, denen man natürlich gerecht werden muß, bis man auch dort an den mittlerweile sich vor allem bei uns, wie in Österreich, der Tschechei, Holland, Dänemark, Schweden und auch England das Feld erobernden Formengebungen Geschmack finden wird. Die Namen Blank, Lörrach, Edelhoff, Karlsruhe, Kliebenstein, Karlsruhe, Petersen, Gaienhofen, und Waldschütz, Freiburg, werden durch ein buntes, erfreuliches Gesamtbild charakterisiert mit Schals, Vorhängen, Decken, Kissen, einem Teppich, Luchern und Webstoffen, unter denen sich einige Blank'sche, gepörrichte Vorhangstoffe, die Edelhoff'schen Seidentücher und die Petersen'schen Webstoffe besonders herausstreten.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Heidelberg, 27. Juli. Vor dem hiesigen Schwurgericht spielte sich heute der letzte Akt der bekannnten Angelegenheit der Tötung eines Schuttmannes durch einen Einbrecher ab. Angeklagt war der 24jährige Arbeiter Franz Ries aus Heidelberg, der am frühen Morgen des 3. Mai einen Einbruch in einem etwas abseits gelegenen Hause der Bergstraße verübte und auf dem Rückwege von zwei Schutzleuten überfallen wurde. Wie noch erinnert sein dürfte, hat Ries dabei mehrere Revolvergeschüsse auf die ihn verfolgenden Beamten abgegeben und durch einen Schuß den Wachtmeister Kern getötet, während er durch einen zweiten Schuß den Rotenmeister Messer schwer verletzte. Letzterer entging nur dadurch dem Tode, daß er sich im Augenblick des Schusses herumdrehte. Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu folgendem Urteil: 15 Jahre Zuchthaus für den Fall Kern, 5 weitere Jahre Zuchthaus für die Verletzung des zweiten Beamten und den Einbruch. Diese Strafen werden zu einer Gesamtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus zusammengezogen. In der Begründung wurde erklärt, daß das Gericht als strafmildernd berücksichtigt habe die unvertennbare Degeneration des Angeklagten und seine bisherige Unbetrafftheit.

24. Rastatt, 28. Juli. Am heutigen Samstag kann das „Rastatter Tagblatt“ auf ein 125jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß gibt der Verlag ein illustriertes, umfangreiches Jubiläumswerk heraus. Das Werk enthält u. a. die Geschichte des „Rastatter Tagblatts“ und der Firma Greifer; ferner historische, wirtschaftliche und kulturelle Beiträge aus Rastatts Vergangenheit aus der Feder prominenter hiesiger Persönlichkeiten, Aufsätze über Industrie, Handel und Gewerbe und Verkehr, sowie zahlreiche Illustrationen über den Betrieb und die Stadt. Der jetzige Chef der Firma ist Buchdrucker- und Verlagsbesitzer Richard Greifer; der Seniorchef ist der 81jährige, weit über Baden hinaus bekannte Hermann Greifer.

23. Grafenhausen (Amt Neustadt i. Schw.). Das von Pfarrer Berger bewohnte Pfarrhaus ist heute nacht samt der Pfarrscheuer ein Opfer der Flammen geworden. Das geräumige Pfarrhaus ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Von den Fahrnissen konnte zwar manches gerettet werden, doch ist der Schaden auch hier beträchtlich. Das Gebäude war ein schönes altbläuliches Haus und stellte schon aus Windes sprang das Feuer auch auf den Turm der nabe liegenden Kirche über, so daß die Feuerwehr diesen und das Dach der Kirche unter Wasser setzen mußten. Die Kirche hat innen und außen schwerer durch Wafferschaden gelitten.

23. Bahligen (Kaiserstuhl), 28. Juli. Bei dem gestern nachmittag über den Kaiserstuhl hinwegziehenden Gewitter schlug der Blitz gegen 5 Uhr in das Anwesen des Landwirts Karl Friedrich Adler. Wohnhaus und Scheune wurden ein Raub der Flammen, die Fahrnisse konnten größtenteils gerettet werden.

23. Titisee, 27. Juli. Zu der Meldung, daß der Titisee wiederum für Badewerke freigegeben sei, teilt das Bezirksamt Neustadt mit, daß diese Notiz nicht den Tatsachen entspreche. Auch die Verbotstafeln seien nicht entfernt worden. Die bezirkspolizeilichen Vorschriften vom 20. Juli 1925 über das Baden im Titisee und Windgfallweiher seien noch in Kraft.

24. Singen a. S., 28. Juli. Über das Vermögen der Bezugs- und Absatzgenossenschaft des Bauernvereins Wintersulgen e. G. m. b. H., Wintersulgen (Amt Pfullendorf) ist am 24. Juli der Konkurs eröffnet worden. Die Passiven sollen 200 000 RM betragen. Die Haftsumme beträgt bei 100 Genossenschaften 100 000 RM. In den Aktiven gehört auch eine Mühle. Man hofft, daß für die Gläubiger eine Quote von 40 Proz. erübrigt wird. Die Sparkasse Salem soll sich bereit erklärt haben, den Genossenschaftlern langfristige günstige Darlehen zur Verfügung zu stellen, um ihnen die Einzahlung der Haftsumme zu ermöglichen.

24. Freiburg i. Br., 28. Juli. Der Grundgedanke eines Probealarms bei der Reichsbahn war, daß bei Gottenheim sich ein Zugunglück ereignet habe. In 12 Minuten stand ein mit Mannschaften und den nötigen Gerätschaften versehenes Hilfszug zur Abfahrt nach Gottenheim bereit, von Basel aus wurde ein Zug mit Arztpersonal nach der angenommenen Unglücksstelle beordert. Alle bei einem Eisenbahnunfall unerlässlichen Gebrauchsgegenstände, wie Sägen, Äxte, Verbandstoffe, Schweißapparate usw. wurden auf ihre rasche Verwendbarkeit geprüft.

23. Triberg, 28. Juli. Heute mittag brach oberhalb Triberg vermutlich infolge Funkenflugs einer Lokomotive ein neuer Waldbrand aus, der bei der großen Trockenheit 4 bis 5 Hektar Hochwald ergriff. Gegen 17 Uhr waren die Eindämmungsarbeiten soweit durchgeführt, daß ein weiteres Umsichgreifen des Brandes als ausgeschlossen gelten konnte. Der Bahnverkehr über den Schwarzwald wurde nicht gestört.

24. Bettmaringen (bei Bonndorf), 27. Juli. Ein Großfeuer zerstörte heute früh nicht weniger als vier Häuser. In dem zweistöckigen landwirtschaftlichen Anwesen des Landwirts G. Ebner brach das Feuer aus, das sich rasch auf das Haus des Landwirts G. Wirsner ausbreitete und von hier aus auf das Nachbaranwesen der Witwe Hele und des Landwirts Kaiser. Es gelang aus allen Gebäuden das Vieh in Sicherheit zu bringen, sowie auch einzelne Fahrnisse. Der angerichtete Brandschaden wird auf zirka 80 000 RM geschätzt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Umhabungskredite für die Landwirtschaft

Beteiligung des Badischen Sparkassen- und Giroverbands in Mannheim an der Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber.

Dem Badischen Sparkassen- und Giroverband mit seiner Bankanstalt der Badischen Girozentrale in Mannheim ist durch Entschließung von heute im Einvernehmen mit den Ministereien der Finanzen und der Justiz auf Grund des § 795 WGB. und § 14 der badischen allgemeinen Ausführungsverordnung hierzu die staatliche Genehmigung erteilt worden, sich an der Ausgabe von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die Deutsche Landesbankzentrale A.-G. in Berlin bis zum Betrage von 750 000 Dollar

— Siebenhundertfünfzigtausend Dollar —

zu beteiligen.

Karlsruhe, den 26. Juli 1928.
Der Minister des Innern
Kemmerle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Pfleger Hugo Huber bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Landesökonomierat Godbert Keller in Wiesloch.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Berlegt in gleicher Eigenschaft:

Der ordentliche Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht an der Universität Freiburg Dr. Ernst Levy an die Universität Heidelberg.

Den Staats- und Gemeindebehörden

empfehlen sich:

Südd. Schreibmaschinen- u. Büroeinrichtungs-Ges. m. b. H.
Karlsruhe Kaiserstr. 225
Telephon 121



Schreibmaschinen
Büromöbel Bürobedarf
Generalvertretung der
IDEAL
Schreibmaschine
Eigene Reparatur-Werkstätte für alle Systeme

A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe
Ettlingen i. B.
FERNSPRECHER NR. 2
Wir liefern in erstklassiger Ausführung:
Granit, Quarzit und Sandstein
Groß- und Klein-Pflastersteine
Randsteine und Leistensteine
Stücksteine und Schotter

Leichenwagen

für Hand und für Bespannung liefert als
Spezialität

J. Gunz, Wagenbauanstalt
Achern, Telephon 253

Wagen in den verschiedenen Bauarten stehen
stets vorrätig. Zur Lieferung in Trauer-
pferdedecken, Talaren, Versenkungsapparaten
halte ich mich bestens empfohlen

TEERMASCHINEN
APPARATE — FAHRZEUGBAU

für den modernen Straßenbau
Teer- und Bitumen-Spreng- und
Spritzwagen, Gießwagen, Geräte-
wagen, Müllwagen, Teer-Flick-
wagen, Teerkochkessel, Vorwärmer
Dreiböcke, Teerabfüllapparate
Eugen Loew, Karlsruhe i. B.
Waldhornstr. 17 Telephon 2626

Hermann Allmendinger
vorm. G. & F. Allmendinger
Gips- und Stukkaturgeschäft

Karlsruhe Melanchthonstraße 2
Telephon 550
Filiale Mannheim
U. 4. 22
Telephon 23627

Ausführung erstklassiger Stuck- u. Putzarbeiten
Spezialität: K-Steinputzarbeiten

Wasser- Gewinnung
Versorgung

Schachtbrunnen — Rohrfilterbrunnen
Tiefbohrungen in jeder Weite
Quellerschliessungen — Quelfassungen
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.
Technisches Büro 690 Fernsprecher 2271

Karl Spilger & Cie.

G. m. b. H.
DURLACH
Killisfeldstr. (Güterbahnhof)
345 Telephon Nr. 590

Platten-Spezialgeschäft
Lieferung und Verlegung von
Steinzeug-Fußböden u.
Wandplatten aller Arten

Mühlacker
Dachziegel
GEBR. VETTER A.-G.
PFORZHEIM — MÜHLACKER

Büro für Städtebau

GEGRÜNDET 1909
Regierungs- baumeister **Theodor Lohrmann** beratender Ingenieur
KARLSRUHE i. B.
Kriegsstr. 123 Fernruf 770
Gutachten und Projekte für
Bebauungspläne — Straßen- und
Brückenbauten — Gleisanschlüsse
Kanalisation

Gebrüder Lay * Konstanz

Bedachungsasphalt-
und Teerprodukten-
Spezialgeschäft

*
Neuzeitliche Straßen-
teerungen • Isolier-
ungen, Asphaltstra-
ßenbeläge und Stein-
holzfußböden

G. Berberich & Söhne
Holz-u. Stahlwellblech-Rolladen

Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B. MANNHEIM
Wallstraße 9 Dürerstraße 11
Telephon 1618 353 Telephon 23672

Südd. Straßenwalzen - Betrieb
G. m. b. H. Darmstadt Tol. 1495

Zweigniederlassung Karlsruhe, Edelsheimstr. 6, Telephon 7062
Abtlg. Walzenbetrieb:
Dampfwalzen 8—20 T. Aufreißer.
Abtlg. Straßenbau:
Walzasphalt im Heißmischverfahren, ein- und
doppelschichtig. Innenrührung, Oberflächen-
behandlung in Teer und Asphalt.

Baumaterialien-Großhandlung
Julius Graf & Cie.

Karlsruhe G. m. b. H. Karlsruhe
Telephon 6926 und 6927, Grünwinklerstraße No. 6
Alle Sorten Baustoffe
Dyckerhoff-Zement Wieslocher Dachziegel, Hourdis,
feuerteste und Chamotte-Steine, Asphalt und Dach-
pappen usw., Steinzeugröhren, Zementröhren, alle
Kanalisations-Artikel
Ausführung von Plattenarbeiten
alle Sorten Boden- und Wandplatten für
Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden,
Kühlanlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen.

ALFRED ZIMMERMANN FREIBURG
FABRIK FÜR
ROLLADEN IN HOLZ UND WELLBLECH
EISENKONSTRUKTION SCHAUFENSTERBAU
DREI KÖNIGSSTR. 43 ALFRED ZIMMERMANN TELEPHON 3043

Bruchsaler Parkettfabrik G. m. Bruchsal
lietert verlegt und unverlegt

Eichen- und Buchen - Parkett

Eichen- und Buchenlangriemen

ohne Blindboden direkt auf Balkonlager

Kreisfürsorgerin

Die Stelle einer Kreis-
fürsorgerin beim Kreis
Karlsruhe m. dem Dienst-
sitz in Bretten ist so-
fort zu besetzen. Bezah-
lung nach Gruppe VII der
Kreisbesoldungsordnung.
Bewerbungen mit Zeug-
nissen an den Kreisrat
Karlsruhe, Karlstraße 16,
erbeten. Persönliche Vor-
stellung vorerst nicht er-
wünscht.
S. 508

Verdingung von Kanalisationsarbeiten

Vorbehalt. der Geneh-
migung durch den Herrn
Minister des Innern wird
auf Grund d. W. B. (Ver-
ordnung v. 20. Jan. 1928)
die Erstellung von N. 483
ca. 440 Meter Kanal-
strängen mit Schächten
zur Erweiterung des Ent-
wässerungsnetzes der Heil-
und Pflegeanstalt Jllenauf

bei Achern zur öffentl.
Vergabe ausgeschrieben.
Zeichnungen und Bedin-
gungen können auf un-
serm Baubüro in Achern
(Amtsgerichtsgebäude
3. Stock) in der Zeit vom
1. bis 10. August jeweils
vorm. eingesehen werden.
Dabei sind auch An-
gebotsvorbrude zu haben.
Angebote verschlossen mit
Aufschrift 'Kanalisation
Jllenauf' s. Eröffnungs-
termin am 16. August
d. J., vorm. 9 Uhr, dahier

einreichen. Vergabeung in
Losen vorbehalten. Zu-
schlagsfrist 5 Wochen.
Baden-Baden, 27. 7. 1928.
Bad. Bezirksbauamt.
Achern. N. 480
Güterrechtsregister-
eintrag: Band II Seite 366.
Meier Emil, Weidenwä-
rter zu Neuchen u. Emma-
geb. Lemminger, ebenda.
Vertrag vom 31. Januar
1928. Gütertrennung.
Achern, 21. Juli 1928.
Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. N. 482
Das Kontursverfahren
über das Vermögen der
Firma Gebrüder Matern,
Kleiderfabrik in Oden-
heim, wurde mangels
einer den Kosten des Ver-
fahrens entsprechenden
Konkursmasse eingestellt.
Bruchsal, 24. Juli 1928.
Geschäftsstelle
des Amtsgerichts.
Wiesloch. N. 481
über das Vermögen der
Firma Bender und Klein-

lagel, Zigarrenfabriken in
Nettigheim, Inhaber Dom-
bert Bender, Kaufmann,
u. Fritz Kleinlagel, Kauf-
mann, beide in Nettig-
heim, wurde heute mittag
12 Uhr das Vergleichs-
verfahren eröffnet. Als
Vertrauensperson zur
Prüfung der Verhältnis-
se der Schuldnerin, zur Über-
wachung der Geschäfts-
führung sowie der Aus-
gaben für die Lebensfüh-
rung der Inhaber und
ihrer Familie wurde Herr

Stefan Schmitt in Nettig-
heim bestellt. Termin zur
Verhandlung über den
eingereichten Vergleichs-
vorschlag wurde bestimmt
auf: Donnerstag, den 23.
August 1928, vormittags
11 Uhr, in das Amts-
gericht Wiesloch, Zimmer
Nr. 1.
Wiesloch, 27. Juli 1928.
Geschäftsstelle des
Amtsgerichts.
Inferieren bringt Gewinn!